

40 Prozent der Sozialhilfe gehen an Ausländer

Regierungsrat beantwortet SVP-Anfrage

vö. Der Bruttoaufwand der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe in den Zürcher Gemeinden betrug im Jahr 2004 insgesamt 589 Millionen Franken. Der Bruttoaufwand für ausländische Staatsangehörige belief sich auf 236 Millionen Franken. Dies entspricht einem Anteil von 40 Prozent, wie der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Anfrage von Claudio Schmid (svp., Bülach) schreibt. Dieser verhältnismässig hohe Anteil liege vor allem darin begründet, dass ausländische Staatsangehörige oft wegen fehlender oder schlechter beruflicher Ausbildung und sprachlicher Schwierigkeiten geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten als Schweizer Bürger. Die Frage nach dem Anteil von Personen muslimischer Religion, die Sozialhilfe beziehen, konnte der Regierungsrat nicht beantworten. Im Zusammenhang mit der Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe bestehe keine gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Daten über die Religionszugehörigkeit, hält der Regierungsrat fest.